

# Posener Zeitung.

Achtzigster

Jahrgang.

Dienstag, 13. März

(Erscheint täglich drei Mal.)

**Annoncen-Annahme-Bureau**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 16.)  
bei C. H. Alrici & Co.  
Breitestr. 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei T. Strickland,  
in Breslau b. Emil Rabat.

**Annoncen-Annahme-Bureau**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. T. Danne & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Kudolph Wolff.  
In Berlin, Dresden, Götting  
beim „Invalidentenk.“

Nr. 181.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-  
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

## Am t l i c h e s.

**Berlin, 12. März.** Der König hat dem Kreisger.-Sekretär und  
Kamlei-Direktor Hofrath v. Grotkowski zu Gnesen den R.  
A.-D. 3. Kl. mit der Schloß verliehen; den Direktor der ständischen  
Irenbeilanstalt zu Marburg, Dr. Heinrich Cramer, zugleich zum  
ord. Professor in der med. Fakultät der dortigen Universität ernannt.  
Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs den Staatspro-  
kurator Dr. Bentner in Kolmar zum kaiserl. Ober-Prokurator in  
Elsass-Lothringen und den Landger.-Rath Schneider in Metz zum  
Kammer-Präsidenten bei dem kaiserl. Landger. in Saargemünd  
ernannt.

## Deutscher Reichstag.

### 7. Sitzung.

**Berlin, 12. März, 11 Uhr.** Am Tische des Bundesraths Hof-  
mann, v. Kameke, v. Voigts-Rhege, Bergler, v. Berglas, v. Kottitz,  
Wallwitz, Krüger, Michaelis u. A.  
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Abg.  
Schroeder (Lippstadt), betreffend die Aufhebung der gegen den Abg.  
Stöckel schwebenden Strafverfahren wegen öffentlicher Beleidigungen  
durch die Presse begangen, und zwar des Fürsten Bismarck in dem  
Artikel: „Bismarck und die Beleidigungen der Reichsglocke“ und des  
Oberbürgermeisters Hache zu Essen in dem Artikel: „Das Kapital  
wäre noch einmal gerettet“. Der Antragsteller führt aus: daß sich  
der erste Artikel beziehe auf die durch viele Blätter gegangene Notiz,  
daß ein Ehrengericht über den Fürsten Bismarck in puncto Zentral-  
boden-Kredit-Aktien-Bank berufen werden solle, im zweiten Artikel  
werde die durch den Oberbürgermeister Hache in Essen in wahrhaft  
genialer Weise hervorgerufene Auflösung einer ultramontanen Wähler-  
versammlung besprochen; Herr Hache forderte nämlich den Vizepräsidenten  
des Reichstags, in welchem die Versammlung stattfand, auf, eine bauliche  
Veränderung, den Abbruch eines Anbaues vorzunehmen. Da-  
durch entstand ein großes Loch in der Wand und die Versammlung  
wurde aufgelöst, weil sie nicht in einem geschlossenen Räume tagte.  
(Heiterkeit.)

Das Haus nimmt den Antrag einstimmig an.  
Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Reichs-  
haushalts für das Jahr 1877/78.

Abg. Lucius (Erfurt): Gemäß wird auf allen Seiten des  
Landes das Bestreben herrschen, das Gleichgewicht in dem diesjähri-  
gen Etat ohne eine Steigerung der Matrifularumlagen herzustellen;  
und wird dieses Bestreben, sei es durch Beschränken der Ausgaben  
oder durch Steigerung der Einnahmen anderweitigen Ersatz zu schaf-  
fen, seine natürliche Grenze an dem Punkte finden müssen, wo man  
etwa dazu übergehen sollte, Kapitalien, die zu Reservebeständen für  
bestimmte Zwecke gehören, anzugreifen und aufzuheben. In dieser  
Richtung aber bewegt sich der Reichstags-Antrag, von dem wir mich  
aus diesem Grunde nur der § 1, der sämtliche Invalidentenpensionen  
dem Invalidentenfonds auferlegt, annehmbar und überhaupt diskutabel  
ist. Der gesamte übrige Theil dieses Antrages würde nicht nur in  
Folge der notwendigen Kürzungen bei dem zu bewerkstelligenden  
Verkauf der Effekten finanziell die schwersten Verluste für das  
Reich herbeiführen, sondern auch, worauf ich besonders Werth lege,  
die von der Regierung beabsichtigte Steuer- und Zollreform, deren  
Nothwendigkeit auch das Haus wiederholt anerkannt hat, ins Unge-  
wisse hinausschieben. Für mich liegt das Hauptmotiv für eine durch-  
greifende Steuer- und Zollreform in dem Vorhandensein der Matri-  
fularbeiträge und in dem steigenden Widerwillen der Einzelstaaten  
gegen diese direkte Steuer überhaupt und insbesondere gegen jede Er-  
höhung derselben. Wenn wir also in der Nothwendigkeit einer  
Steuerreform, wie alle Rundgebungen des Hauses darthun, einver-  
standen sind, so fragt es sich, auf welche Weise und unter Hervorbe-  
haltung welcher Steuerobjekte dieselbe ins Werk gesetzt werden soll. Bei  
Beantwortung dieser Frage ist ein Rückblick auf die früheren Ver-  
handlungen des Reichstages von großem Interesse. Die  
geputen Debatten sind die genaue Wiederholung der Dis-  
kussionen, die seit dem Jahre 1869 sowohl bei den Etatsbera-  
thungen als auch bei den Steuervorlagen der Regierungen zum  
wiederholten Male stattgefunden haben. Im Jahre 1869 wurden die  
Vorfeststeuer und die Brausteuer abgelehnt, weil ein unmittelbares  
Bedürfnis zur Deckung von Defekten nicht vorhanden war und weil  
für ein vorübergehendes Bedürfnis dauernde Lasten nicht geschaffen  
werden dürfen. Die Majorität war wohl bereit, neue Steuervor-  
lagen als Theile einer systematischen Finanzreform anzunehmen und  
diese Ansicht fand damals in dem Abg. v. Benda einen berechneten Ver-  
treter; er machte alle die Momente geltend, welche auch noch heute  
vorgebracht werden. Der Abg. Lasker hat sich damals diesen An-  
sichten im Allgemeinen angeschlossen; er wünschte wenige aber ein-  
trächtige Zölle als feste Einnahmequellen, um die Beschlußfassung  
über Steuervorlagen den wechselnden Majoritäten des Hauses zu  
entziehen. Der Bundeskanzler entgegnete auf diese Kritik, man gebe  
ihm Steuer anstatt Brod und verlange bestimmte Vorschläge. Der  
Abg. v. Benningsen entgegnete darauf, auch er sehe eine dauernde  
Steigerung der direkten Steuern nicht für möglich an und hielt es  
für politisch geboten, die Matrifularbeiträge zu beseitigen und dem  
Bunde eigene Einnahmequellen zu schaffen. Die heutige Debatte  
ist also nur eine Wiederholung der früheren Diskussionen. Der  
Satz, daß eine Steigerung der indirekten Steuern eine Belastung  
der großen Massen zu Gunsten der bestehenden Klassen herbeiführe,  
ist unumwunden. Die Praxis zeigt vielmehr in allen Kulturstaaten,  
daß für die große Masse die direkten Steuern drückender sind als die  
indirekten. Die Statistik zeigt, daß in Frankreich und England über  
drei Viertel der gesamten Staatseinnahmen aus den indirekten  
Steuern fließen. Dieser Thatsache gegenüber ist doch das Steigern  
der direkten Steuern in dem kapitalärmsten Lande unter den genann-  
ten, in Deutschland etwas kühn. Die Stempelsteuer ist von jeher  
als eine der wichtigsten indirekten Steuern anerkannt worden.  
Die Revision der Stempelsteuer und Uebertragung derselben auf das  
Reich ist also ein entwicklungsfähiger und richtiger Gedanke. Was  
die Finanzzölle betrifft, so erlaube ich mir den Namen Tabak zu  
nennen; es giebt keinen besterungsfähigeren Gegenstand, denn er  
gehört nicht zu den Lebensmitteln. Der Zollertrag für ausländischen  
Tabak war im Jahre 1864 im Zollverein 2,39 Sgr., in Oesterreich  
11 Sgr., in Frankreich 18 Sgr., in England 35 Sgr. pro Kopf der  
Bevölkerung; dabei steht der Tabakkonsum im ungekehrten Verhält-  
nisse zu der Höhe der Steuern: im Zollverein 3,19 Pfund, in England  
0,35 Pfund, in Frankreich 1,15 Pfund, in Oesterreich 1,81 Pfund pro  
Kopf. Frankreich hat aus seinem Tabakmonopol im Jahre 1874  
einen Reinertrag von 225,000,000 Frs. gehabt, also etwa zwei Drittel  
unseres Militäretats. (Hört! rechts.) Ich meine, der Reichstag ist

moralisch verpflichtet auf ein wirklich durchdachtes Finanzprogramm  
einzugehen. Auch bezüglich der Organisation der Reichsbehörden  
können wir uns auf die frühere Stellung des Reichstags beziehen.  
Ist es möglich, Reichsministerien zu schaffen, ohne daß sie eine Art  
Hausmacht haben und zugleich Minister des mächtigsten Partikular-  
staates sind? Die Zahl der preussischen Minister ist gesetzlich nicht  
begrenzt, also können sämtliche Reichsminister zugleich Sitz und  
Stimme im preussischen Ministerium haben. Was die Spezialetat  
betrifft, so will ich heute nur auf eine Bemerkung des Abg. Richter  
erwidern. Die Forderung der Regierung rücksichtlich der neuen  
Stabsoffiziere ist in der vergangenen Session nicht prinzipiell abge-  
lehnt worden, sondern man hat sich ausdrücklich vorbehalten, sie zu  
bewilligen, wenn überzeugend nachgewiesen werden sollte, daß die  
Schlagfertigkeit unserer Armee unter dieser Ablehnung leiden würde.  
Es ist daher nicht als eine Inkonsequenz anzusehen, wenn der Reichs-  
tag diesmal auf diese Forderung eingeht. In Betreff der geschäft-  
lichen Behandlung des Etats schließe ich mich den Anträgen der Abgg.  
Richter und Richter an, bitte aber die weiter gehenden Anträge der  
Abgg. v. Malsb. und Nieper abzulehnen, da die Etats der Zölle  
und Verbrauchssteuern, sowie der Post- und Telegraphenverwaltung  
am zweckmäßigsten, wie bisher, im Plenum durchberathen werden.

Abg. Richter (auf der Tribüne schwer verständlich), weist dar-  
auf hin, daß nach der allgemeinen Ueberzeugung der Etat bis zum  
1. April unmöglich durchberathen werden könne, die Regierung möge  
daher bei Zeiten an die Einbringung eines Dilations-Gesetzes den-  
ken. Was die Mehrforderung für die neuen Hauptmannsstellen be-  
trifft, so sei das Zentrum entschlossen, dieselbe abzulehnen, da sie  
darin die Anbahnung einer Verneuerung der Bataillons-Kadres er-  
blicken müsse. Mit dem § 1 des Richter'schen Antrages, betreffend die  
Erweiterung der Verwendung des Invalidentenfonds, sei er einverstan-  
den, über die übrigen Paragraphen desselben behalte sich die Zen-  
trumsfraktion ihre Entscheidung vor, je nach dem Resultat, welches  
die Prüfung dieses Antrages in der Kommission erlaube werde. Rich-  
ter empfiehlt schließlich seinen Antrag: auch den Etat der Post und  
Telegraphenverwaltung der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Bezanon (Metz): Meine Herren! Sie werden sofort  
erkennen, daß ich kein geborener Deutscher bin; ich bin ein Lothringer,  
der seine Muttersprache besser als die ibrige sprechen kann. Ich bitte  
Sie daher mich mit Nachsicht anhören zu wollen. Meine Herren!  
Es wird Ihnen nicht auffallen sein, daß ich in diese erste wichtige  
Debatte einreise. Elsass-Lothringen ist berechtigt, seine Stimme  
hören zu lassen. Bevor ich beginne, möchte ich Ihnen die Ueberzeu-  
gung beibringen von der Seelenruhe, mit welcher wir hier auftreten.  
Unsere Absicht kann nicht sein, auch nur im Mindesten den nationa-  
len Sinn des mächtigen Volkes zu verletzen, dessen Vertreter Sie sind.

Nach unserer Ansicht ist die Annetirung von Elsass-Lothringen  
eine der Hauptursachen der Erhöhung des Militäretats. Obwohl  
allseitig Friede gewünscht wird, erregt diese Annexion ebenso wie die  
Orientfrage jene Unruhe der Gemüther, welche in allen Ländern  
flüchtiger Kriegsrüstungen veranlaßt. Darunter leidet Deutschland,  
leidet ebenso sehr Elsass-Lothringen, in dessen unsere Industrie, welche  
der des Reiches bedeutend entragt, selber ihrem Zerfall ent-  
gegengeht. Als Vertreter der Stadt Metz, deren Bürgermeister ich  
während sechs Jahren war, erachte ich es als eine Pflicht, durch das  
Kammerbild dieser Stadt vor Ihnen diese Lage zu beleuchten. In  
Metz stehen gegenwärtig 3000 Wohnungen leer, der Werth des Eigen-  
thums ist auf die Hälfte herabgesunken und auch zu diesem Preise  
finden sich keine Käufer. Der Gesamtwert des Grundeigentums  
wurde früher auf 90 Millionen Mark und wird heute kaum auf  
40 Millionen Mark berechnet. Nicht besser stehen sich Handel und  
Industrie. Für 1875 hat das Handelsgericht von Metz Fallimente  
im Betrage von 526,849 Mk. 7 Pf., für 1876 im Betrage von  
809,242 Mk. 17 Pf. konstatirt. Das wächst von Jahr zu Jahr. Diese  
Ziffern sprechen laut, lauter noch, wenn man sich die Zwangsver-  
käufe und Exekutionen hinzudenkt, welche der Gerichtshof von  
Lothringen veranlassen mußte. Trotzdem bleiben unsere Steuer- und  
Patentfäße dieselben. Die Bevölkerung hat abgenommen, sehr stark  
hat die steuerfähige Bevölkerung sich vermindert und doch müssen die  
Hinterbliebenen die ganze alte Last tragen. Hierzu kommt, daß die  
Regierung sich zu Maßnahmen veranlaßt glaubt, die thatsächlich nicht  
berechtigt erscheinen und äußerst verderblich sind. Ich muß darauf hin-  
weisen, daß gegenwärtig Tausende von Opften ausgewiesen werden  
und daß dadurch eine allgemeine Verfüllung im Lande hervorgerufen  
wird. (Sehr wahr!) Sie können sich kaum einen Begriff machen von  
der Verzweiflung, deren Zeuge ich war. Im Namen Elsass-Lothringens,  
im Namen der Menschlichkeit bitte ich Sie, meine Herren, nicht kalt  
vor solcher Noth vorüberzugehen. Angesichts dieser Wehen hätten  
wir ein Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen, ein heroisches Mittel aller-  
dings: überlassen Sie Elsass-Lothringen sich selbst! Unsere letzten  
Reichstagswahlen haben bewiesen, daß die Mehrheit der Bevölkerung  
in den Gemüthern verharret, die sie im Jahre 1874 ausgesprochen  
hat. (Unruhe links.) Deutschland in seiner Macht würde sich hoch  
erheben in der Bewunderung der Völker, wenn es diesen Akt der  
Versöhnung vollbringen würde. Die Folgen würden darthun, daß  
dies auch eine gesunde Politik war, und darin läge für die Zukunft  
eine feste und beruhigende Garantie. Die Völker, statt mit neidischem  
Blick ihre Gebietsveränderungen zu verfolgen, würden sich in ihrem  
nationalen Bewußtsein beruhigen und sich redlich die Hand reichen.  
Dann, m. H., hören die Alles erdrückenden Kriegsrüstungen auf, das  
Militärbudget könnte bedeutend ermäßigt werden und Sie hätten  
nicht bloß dem deutschen Vaterland, sondern der gesamten Mensch-  
heit einen wesentlichen Dienst geleistet. Mein Antrag stützt sich auf  
wichtige Gründe; es empfiehlt sich derselbe Ihrer Beachtung. Eines  
werden Sie wohl nicht befechten: stärker als die Gewalt ist das  
Rechtsbewußtsein der Völker. Sollte der Wunsch, den ich feststellen  
mich bemühe, zu Nichts werden, Eines wird mir bleiben, mein Trost  
sein und meine Kraft: ein festes und unerschütterliches Vertrauen in  
die Zukunft. Sie aber, m. H., werden sich nicht verhehlen, daß, wenn  
die Gegenwart in Ihnen liegt, die Zukunft in Gottes Hand liegt.

Abg. v. Kleist-Neckow: Das Rad der Geschichte läßt sich  
nicht zurückdrehen, und historische Ereignisse lassen sich nicht un-  
geschehen machen; die Geschichte tritt hier als unerbittliche Richter  
auf, und es ist deshalb die erste Bedingung für die effizienten Abge-  
ordneten, wenn sie etwas segensreich für ihr Land wirken wollen, sich  
auf den faktischen Boden zu stellen, nicht eigensinnig die historische  
Entwicklung zu negiren; es kann dies nur erreicht werden durch  
ihre eigene Mithilfe und Theilnahme an der Arbeit im Ganzen. Ich  
bin mit dem Abg. Richter darin einverstanden, daß ein Defizit  
oder eine Unterbilanz von 24 Millionen im Verhältniß zu dem  
großen Etat des deutschen Reiches eine ganz geringe Summe  
ist, und ich kann ihm auch darin beistimmen, daß vielleicht noch  
eine Verminderung dieses Betrages herbeiführen sein wird, aber auf  
dem Wege, welchen sein Antrag in Bezug auf die Aufhebung des  
Invalidentenfonds einschlägt, kann ich ihm nicht folgen. Meine Partei

ist nicht geneigt, an diesem mons pietatis, an dieser causa pia zu  
rütteln. Es giebt eine wirtschaftlich-politische Richtung, welche sich  
nicht scheut, alle Schranken des privaten Kapitals zu beseitigen, da-  
gegen dem Staat seinen sicheren Fonds gewähren will, damit das  
Parlament die Macht über die Regierung völlig in der Hand behält.  
Das ist aber eine ungesunde Finanzpolitik; durch ein solches Aufheben  
der Reichsstände wird jeder solide Grund und Boden der Finanzver-  
waltung entzogen; ich bin aber der Ansicht, daß wir unter den jetzigen  
Zuständen gerade alle Ursache hätten, einen sicheren Grund zu legen.  
Das geschieht aber nur durch die Eröffnung eigener Einnahmequellen  
für das Reich und gänzliche Abschaffung der Matrifularbeiträge. Ich  
habe deshalb vorgehoren mit großer Freude gehört, daß der Abge-  
ordnete Lasker die Matrifularbeiträge nicht als notwendig für die  
konstitutionelle Wirtschaft des Reiches erklärte, und ich schöpfe aus  
seinen Worten die Hoffnung, daß wir diese Umlagen vielleicht schon  
nach zwei Jahren los sein werden. (Oho! links.) Dadurch, daß das  
Reich seine Pflichten auf die Einzelstaaten abwälzt, wird der Einheits-  
gedanke nicht gefördert, sondern erheblich geschädigt, und wenn die  
Lasten für die Einzelstaaten zu groß werden, so tritt eine Verschärfung  
des Partikularismus bis zur Reichsfeindschaft ein. Nach meiner Auf-  
fassung hat nicht ein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund Matrifu-  
larbeiträge zu erheben. Bei einer Einheit des Reiches müßte aber auch  
Einheit in der Verwaltung herrschen, und wenn man sich besinnt, daß  
man keinen einheitlichen Vertreter für die Finanzverwaltung des  
Reiches habe, so ließe sich hier vielleicht ein Ausweg schaffen und der  
Versuch machen, analog wie der preussische Kriegsminister zugleich deut-  
scher Reichsminister ist, so auch den preuß. Finanzminister zugleich an  
die Spitze der Finanzverwaltung der Reichsverwaltung zu stellen. Jed-  
denfalls liegt die Thatsache vor, daß die Matrifularbeiträge schon der-  
artig hoch sind und als drückende Last von den Einzelstaaten empfun-  
den werden, daß wir jetzt nicht von Neuem erhöhen dürfen, sondern  
auf Herabminderung Bedacht nehmen und den so entstehenden Ausfall  
auf andere Weise decken müssen. Ich sehe nur nicht ein, weshalb  
man stets von der anderen Seite sich so sehr gegen die indirekten  
Steuern sträubt. Der Abg. Richter sagt zwar, daß dieselben von den  
Armen viel drückender empfunden würden als von den Reichen; aber  
wenn er wirklich für die Armen so sehr besorgt ist, wo war denn der  
Abg. Richter bei Aufhebung des Budergersees? Wo war der Abg.  
Richter beim Erlaß des Altiengegesetzes? Wo war der Abg. Richter  
bei der Gewährung des Privilegiums an das große Kapital zur  
Ausgabe jenseitiger Papiere? Noch vorgestern haben wir gehört, daß  
der Abg. Richter sich gegen die Vorfeststeuer trotz der ungemessenen  
Geschäfte, welche dort getrieben werden, erklärte. Die Wahl- und  
Schlachtfeste haben Sie aufgehoben, und was haben Sie dadurch  
erreicht? Gar nichts, denn Brod und Fleisch sind ebenso theuer, wie  
früher. Ich bin der Ansicht, daß die Aufhebung der Matrifular-  
beiträge und die Einführung der indirekten Steuern kein konstitu-  
tionelles Bedenken erregen kann. Nur in einer glücklichen Vereinigung  
und Uebereinkommen zwischen Regierung und Volksvertretung wird  
es möglich sein, zum Segen des Reiches eine gesunde Finanzwirth-  
schaft herbeizuführen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Als der Borredner die Tribüne bestieg, hatte  
ich die Hoffnung, daß er uns ein großes Finanzprogramm entwickeln  
würde, aus dem man irgend welche Lehren ziehen könnte, aber ich muß  
offen gestehen, daß ich um keinen einzigen Gedanken reicher geworden  
bin, der für die Behandlung unseres Budgets zu verwerthen wäre.  
Am wenigsten gehören solche rückgreifenden Bemerkungen in die gegen-  
wärtige Etatberatung wie sie der Borredner in Bezug auf die Wahl-  
und Schlachtfeste und die Aufhebung der Budergersees gemacht hat;  
es sind dies Maßregeln, die mehr als hinreichend erörtert sind und  
bei denen wir sogar von einem großen Theil seiner politischen Freunde  
unterstützt worden sind. (Hört!) Der Abg. v. Kleist-Neckow hat nun  
auch ausgeführt, die gegenwärtige Etatwirthschaft sei ein Verzeihen  
von Beständen, eine irrationelle Aufhebung von Kapital. Es ist ja  
richtig, daß wir uns in den letzten Jahren damit geholfen haben, die  
jetzigen Bestände, welche nicht anders verwerthbar waren, in den Etat  
hineinzustellen. Ich halte das heute noch für eine rationelle Finanz-  
politik. Sie haben einen Invalidentenfonds von 187 Millionen Thalern,  
Sie haben einen Kriegsfonds, der für den Fall der Noth da ist. Nun  
müssen Sie noch nebenbei in allen Winkeln zerstreut Bestände aufrecht  
erhalten und gleichwohl über das jährliche Bedürfnis hinaus die  
Steuern erhöhen? Das wäre verkehrt und der Reichstag thut wohl  
daran, wenn er, ohne die Finanzkräfte des Reiches zu schädigen, mit  
überflüssigen Beständen aufräumt und nur dann an die Steuerkraft  
der Bürger appellirt, wenn es absolut nothwendig ist. Was die Matri-  
fularbeiträge anlangt, so glaube ich nicht, daß sich die Hoffnung des Bor-  
redners auf Abschaffung der Matrifularbeiträge in 2 Jahren erfüllen  
wird; er hat aber auch den Abg. Lasker ganz mißverstanden. Derselbe  
war, wie wir Alle, der Meinung, daß die Form der Matrifular-  
beiträge eine schlechte Art der Besteuerung sei, aber es handelte  
sich bei der Einführung der Matrifularbeiträge darum, eine verfas-  
sungsmäßige Garantie für eine demnachstige Einführung einer bewegl-  
chen Reichsteuer zu schaffen. Nur unter dieser Voraussetzung hat  
auch der Abg. Lasker von einer Beseitigung der Matrifularbeiträge  
gesprochen. Der Reichskanzler ist der Ansicht, daß der Reichstag auch  
ohne Matrifularbeiträge genug Gewalt hätte. Auf diese Deduktionen  
können wir nicht eingehen, nicht bloß weil wir es konstitutionell für  
sehr wichtig halten, daß bewegliche von der Bewilligung des Parla-  
ment abhängige Steuern da sind, sondern auch im finanz-politischen  
Interesse. Ich halte die festen Etats ohne bewegliche Steuern grade  
für einen Schaden der preussischen Finanzverwaltung, weil sie sehr  
leicht zur Verschwendung des öffentlichen Vermögens führen. Das ist  
der Grund, warum wir an dieser beweglichen Steuer festhalten wer-  
den, so lange bis die Reichsregierung eine Steuerreform entgegen-  
bringt, welche diese Beweglichkeit und dem Reichstag die konstitu-  
tionelle Mitwirkung bei Feststellung der Einnahmen sichert. (Beifall links.)

Hiermit wird die Generaldebatte über den Etat geschlossen.  
Persönlich bemerkt Abg. Richter (Hagen): Der Abg. v. Kleist-  
Neckow hat mit einer gewissen Emphase gefragt: Wo war denn der  
Abg. Richter, als das die Armut bedrückende Budergersees, sowie das  
die Herrschaft des großen Kapitals hervorruhende Altiengees erlassen  
wurde? Nun, ich war zu Hause (Heiterkeit); ich war bei der Wahl  
damals durchgefallen. Der Abg. v. Kleist-Neckow verwechselt mich of-  
fenbar mit seinem Freunde, dem Abg. v. Brandenburg, der damals  
im Namen der konservativen Partei das Altiengees als einen großen  
Fortschritt bezeichnete. (Hört! Hört! Große Heiterkeit.)

Es werden hierauf auf den Antrag des Abg. Richter alle die-  
jenigen Titel, welche Mehrforderungen enthalten, sowie auf Antrag  
des Abg. Richter (Hagen) noch einmala Kapitel aus dem Militär-  
Etat an die Budgetkommission verwiesen, während sämtliche übrigen  
Theile im Plenum behandelt werden sollen.

Es folgt die erste Beratung des von den Abg. Richter  
(Hagen) und Gen. vorgelegten Gesetzentwurfes wegen Abänderung  
des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Ver-



Waltung des Reichs-Invalidenfond, und des Gesetzes, betreffend den nach dem Gesetz vom 8. Juli 1872 einstweilen referierten Teil der französischen Kriegskosten-Entschädigung vom 8. Juli 1873.

§ 1 desselben will die sämtlichen Invaliden-Pensionen aus den Kriegen von 1864 und 1866 und für Angehörige der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee auf den Invalidenfond übertragen. Nach § 2 sollen 55,350,553 Mark aus den Beständen des Invalidenfondes verwendet werden zur Tilgung von Schulden und zur Deckung einmaliger Ausgaben der Marine-, Post- und Telegraphen-Verwaltung. Nach § 3 sollen die Zinsen des Fondes für das Reichstagsgebäude jährlich in den Etat aufgenommen werden.

Abg. Richter (Hagen): Der Abg. v. Kleist-Neow hat den Charakter des Invalidenfondes als eines *mons pietatis*, als einer *pia causa* hervorgehoben und dadurch den Antrag weniger als eine Finanzmaßregel, sondern vielmehr als einen Angriff auf die Versorgung der Invaliden gemacht. Eine solche Darstellung weisen wir mit Protest zurück. Die Invaliden hat man in Deutschland nur darben lassen unter der absolutistischen Zeit. (Sehr richtig! links.) Damals war es, wo man sie mit dem Gnadenbaler und der Dreiforgel absand. Seitdem es in Deutschland eine Volksvertretung giebt, seit der Nationalversammlung des Jahres 1848 hat man sich bekümmert, den Invaliden immer das zu geben, was ihnen gebührt. Allerdings, als das Regiment der Partei des Herrn v. Kleist-Neow gleich darauf wieder ans Ruder kam, da war es kläglich genug mit den Invaliden bestellt. Damals büdete die konservative Partei, obwohl Ueberschüsse reichlich vorhanden waren, dem Volke jährlich neue Steuern auf. Trotzdem ließ man unter dem unfähigen Finanzminister v. Bodelschwingh die Invaliden und sogar die Beamten darben. Erst als Se. Majestät der König, der jetzige Kaiser, dieses unfähige konservative Ministerium beseitigte, hat man für die Invalidenversorgung in Preußen besser geforgt, als bis dahin, und ist bisher auf dieser Bahn weiter gegangen. Auch in der Zeit des schärfsten Konfliktes haben wir solchen Gesetzen keinen Widerspruch entgegen-gesetzt, sondern öfters zur besseren Versorgung der Invaliden die Initiative ergriffen. Die Invalidenversorgung ist kein Streit der politischen Parteien und ich möchte doch den Abg. v. Kleist-Neow bitten, nicht damit den Anfang seiner parlamentarischen Thätigkeit zu machen, jene Frage zum Gegenstand des Parteistrites in diesem Hause zu machen. (Beifall links.) Grade durch unsern Antrag wird erreicht, daß auch die Invaliden von 164 und 186 in demselben Maße an diesem *mons pietatis* theilnehmen sollen und das ist doch also grade das Gegenteil von dem, was der Abg. v. Kleist-Neow uns supponieren zu können meint. Wir würden als Regierung die Mittel finden, die Invaliden aus den früheren Kriegen auch materiell in der Höhe ihrer Kompetenzen den Invaliden von 1870 und 1871 gleichzustellen. Der Reichskanzler verwirft unsern ganzen Antrag, § 1 und 2, und setzt sich damit nicht nur in Widerspruch mit allen Parteien des Hauses, Herrn v. Kleist ausgenommen, sondern auch mit den Namens der verbündeten Regierungen von Seiten des Präsidenten des Reichskanzleramts, Delbrück, im vorigen Jahre abgegebenen Erklärungen. (Hört! Hört! links.) Ich kann nur annehmen, daß der Reichskanzler jene Erklärung vergessen hatte. In Bezug auf den § 2 hat der Reichskanzler dem Antrage vorgeworfen, daß derselbe den Invalidenfond für laufende Ausgaben ausschütten wolle. Nun, wer den Etat einigermaßen angesehen hat, weiß, daß die von uns aus dem Invalidenfond zu entnehmenden Summen zwecken dienen sollen, für welche der Reichskanzler Anleihen aufnehmen will. Es handelt sich also bloß darum, ob man hierauf eingehen oder lieber den Weg der Realisirung überflüssiger Bestände beschreiten will. Gleichwohl hat der Reichskanzler, der entweder seinen Etat oder unsern Antrag nicht gelesen hat, uns in weitestser Ausführung vorgehalten, wir wollten Kapital verheeren, National-Vermögen aufbrauchen, österreichische Wirtschaft treiben. Hat er mir nicht zuhören können, so gewann er damit noch nicht das Recht, mir die allerunvernünftigen Gedanken unterzulegen. Das Wollfische Telegraphen-Bureau in seiner parteiischen Wiebergabe, bringt natürlich solche unbegründete Vorwürfe sehr ausführlich, aber was Abgeordnete reden, gegen welche solche Vorwürfe gerichtet sind, nur mit einigen konfusen Worten. Um so mehr müssen wir hier dergleichen unbegründete Vorhaltungen zurückweisen. (Sehr wahr! links.) Es ist nicht wahr, was der Reichskanzler sagt, daß der Invalidenfond gesetzlich auch für Invaliden künftiger Kriege bestimmt ist. Für diese wird unter allen Umständen geforgt werden; müssen wir noch künftige Kriege bestehen, so sei man um so mehr bedacht, dazu unsere wirtschaftliche Kraft zu erhalten durch Vermeidung unnützi-ger Steuerbelastungen. (Sehr richtig! links.) Das Gesetz sieht einen Revisionstermin schon für 1879 ausdrücklich vor. Die Zulässigkeit einer früheren Revision hat der Präsident Delbrück ausdrücklich zugestanden. Grade die Invalidenfondesdebatte beweist die Nothwendigkeit eines besonderen Finanzministers, der nicht durch anderweitige Geschäftslast verhindert ist, bei sachlichen Finanzfragen sich gesetzliche Bestimmungen und frühere Regierungserklärungen zu vergegenwärtigen und damit die erforderliche Sachkenntnis zu verschaffen.

Abg. v. Kleist-Neow: Ich habe gar nicht daran gezweifelt, daß man in diesem Hause in den Ansichten über die Behandlung der Invaliden einstimmig sei; gerade weil ich mich gefreut habe, über die Art und Weise, wie der Reichstag für die Invaliden geforgt hat, habe ich den Wunsch geäußert, daß der Invalidenfond im Interesse der Invaliden ungeschmälert bleibe. Daß der Reichstag, wenn der Fond anderweitig verwendet würde, in anderer Weise für die Invaliden sorgen würde, nehme ich als selbstverständlich an; aber es ist doch immer empfehlenswerth, wenn man den Invaliden das nicht nimmt, was für sie ausdrücklich bestimmt ist.

Abg. Dr. Laßke: Ich nehme an, daß der vorliegende Antrag der Budgetkommission überwiesen wird und bitte dieselbe, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß dem Fond nur Ausgaben für gleichartige Zwecke zugewiesen werden, wie diejenigen, für welche er begründet worden ist. So halte ich es für einen guten Gedanken, daß man die Invalidenpensionen aus den älteren Kriegen auf dieselbe Höhe bringen will, wie die aus dem Kriege von 1870, und ich denke, die Finanz-Verwaltung wird diesen Gedanken wohlwollender aufnehmen, wenn die Kosten auf den Fond angewiesen, als wenn sie aus den laufenden Einnahmen bestritten werden sollen. Ich glaube auch nicht, daß der Invalidenfond jetzt schon bei seiner höchsten Leistungsfähigkeit angekommen ist. Wenn aber andere Zwecke als Pensionen in Aussicht genommen werden, so scheint mir das sehr bedenklich. Wenn wir in einen neuen Krieg verwickelt werden sollten, so werden wir wahr-scheinlich alle bereiten Kapitalien zusammennehmen, um dieses kostspielige Geschäft noch einmal zu treiben; denn in den außerordentlichen Sessionen, in denen der schnell zusammengerufene Reichstag für die Bedürfnisse des Krieges zu sorgen hat, sind alle Gesetze, welche Kapitalien festlegen, festerleitet. Darum bitte ich dringend, keinen Präcedenzfall zu schaffen, und den Invalidenfond nicht mit anderen ungleichartigen Dingen zu belasten, damit ihm unter allen Umständen eine reichliche Spannkraft erhalten bleibe.

Der Antrag Richter (Hagen) wird darauf an die Budget-Kommission erwiesen.

Nachdem das Haus die Rechnung der Kasse der Ober-rechnungskammer bezüglich desjenigen Theils, welcher die Reichsverwaltung betrifft, der Rechnungskommission überwiesen hat, folgt die Verlesung der von den Abg. Günther und Richter (Weihen) eingebrachten Interpellation: Geleitet von der Ueberzeugung, daß die auf gewerblichem Gebiete der jetzigen Gewerbe-Gesetzgebung entstandenen Mischstände einer Abhilfe bedürfen, gestat-tet mir uns, an den Reichskanzler die Anfrage zu richten: gedenkt die Reichsregierung zur Beseitigung dieser Mischstände dem jetzt ver-sammelten Reichstage Vorlagen über Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 21. Juni 1869 beispielsweise in Bezug auf das Lehrlings-wesen, die Frauen- und Kinderarbeit, die Maßregeln zur Verbinde-rung des Kontraktbruchs, die Beschränkung der Wanderlager und des Hausirhandels, sowie in Betreff der Schank- und Gastwirtschaften z. zur Verathung zu unterbreiten?

Der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Richter (Weihen): Die offen vorhandenen Mischstände unter unserer jetzigen Gewerbegesetzgebung legen uns ernstlich die Pflicht ans Herz, auf Maßregeln zur Abhilfe bedacht zu sein. Wir be-absichtigen mit unserer Interpellation weder eine Parteidemonstration zu machen, noch irgend einen Schritt gegen die Reichsregierung zu thun, sondern wir hielten gerade die Form der Interpellation für die geeignetste, um der Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Ansicht über diesen Gegenstand zu äußern. Seit dem Jahre 1869 bis heute sind stets wiederkehrend Petitionen an das Haus gelangt, welche eine Ab-änderung der Gewerbeordnung anstrebten. Dieselben gingen meistens von Gewerbekammern und anderen im praktischen Gewerbeleben ste-henden Leuten aus u. sie gelangten nur ein- oder zweimal insofern zur Berücksichtigung, daß sie Enquetes über diese Fragen veranlaßten. Diese Petitionen sind auch nicht in den Jahren einer hochgehenden gewerblichen Bewegung ausgeblieben, sondern stets in derselben An-zahl wiedergekehrt. Wenn man überlegt, daß wir in unserer neuen Gewerbegesetzgebung aus einem Zustande des scharfen Zwanges plötz-lich und unvermittelt übergegangen sind in einen Zustand der vollen Freiheit, so wird man zu der Einsicht kommen, daß zur Abhilfe der jetzigen Mischstände gewisse Uebergangsstadien geschaffen werden müs-sen. Die Nothwendigkeit einer Revision der Gewerbeordnung ist auch bei den Wahlen überall hervorgetreten, und hat ihren Einfluß bei der Aufstellung der Kandidaten geübt; ja sie hat sogar in einigen Gegenden eigene Parteibildungen veranlaßt. Wenn wir nicht die Form eines Gesetzesentwurfes gewählt haben, so erinnere ich an die neulich vom Abg. Laßke gesprochenen Worte über das Schicksal sol-cher aus der Initiative der Parteien des Hauses hervorgegangenen Gesetzesentwürfe, daß dieselben meistens ihren Zweck verfehlen. Dem Reichstage ist zwar eine Statistik über die Frauen- und Kinderarbeit von der Regierung zugegangen, aber kein Wort über die Schließ-liche, welche die Reichsregierung aus diesen Resultaten zieht. Wir haben es auch für zweckmäßig gehalten, die Beschwerden an einzelnen Exem-peln zu spezialisiren. Das Lehrlingswesen ist entschieden nicht richtig geregelt. Man hat nicht, wie in der englischen Gesetzgebung, den heilsamen Unterschied zwischen Lehrlingen in Fabriken und in Wert-stätten gemacht. Ich halte auch die Einrichtung von Prüfungen für Lehrlinge, ohne zu dem alten Junkenzwang zurückzukehren, für nicht sehr schwierig; jedenfalls ist dieselbe zu empfehlen, damit wir einen gesun-den Handwerkerstand bekommen. Ueber die Frage der Frauen- und Kinderarbeit ist viel Widersprechendes gesagt worden. Ueberall zieht sich aber wie ein rother Faden der Gedanke hindurch, daß man wie in England Maßregeln zur Hebung der Sittlichkeit treffen müsse. Ueber den Kontraktbruch hat die Regierung seit drei Jahren dem Reichstage zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt, welche nicht zur Verhand-lung gekommen sind trotz aller Petitionen für dieselben. Wir glauben, es sei jetzt an der Zeit, hiermit ernstlich vorzugehen, wenn wir nicht erst die Spritze bauen wollen, wenn das Haus brennt. Ueber die Frage der Wanderlager schweben im Schoße der Reichsregierung Erörterungen und die Frage der Schankwirtschaften heischt nament-lich in Süddeutschland dringend der Lösung. Wir glauben, daß eine offene Behandlung dieser Mischstände, deren Abhilfe und damit die Beendigung der gegenwärtigen Krisis durch die Rückkehr des Ver-trauens herbeiführen wird.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Für die gegenwärtige Session des Reichstages ist eine Vorlage seitens der Regierungen wegen einer grundsätzlichen Aenderung der Gewerbeordnung nicht in Aussicht stehend. (Beifall links.) Es wird in Bezug auf die Ge-werbeordnung nur ein ganz kleiner Gesetzesentwurf, betreffend das Verzeichniß der konzeptionspflichtigen Gewerbe, vorgelegt werden. Damit will ich keineswegs sagen, daß die verbündeten Regierungen nicht das Bedürfnis anerkennen, einer Aenderung einzelner Punkte der Gewerbeordnung näher zu treten. Die Resultate der Ermitt-lungen über das Lehrlingswesen, über die Kinder- und Frauenarbeit sind bereits den Regierungen vorgelegt. Das Bedürfnis einer Re-form ist allseitig anerkannt, gleichzeitig aber auch die Meinung ge-äußert worden, daß gerade die jetzige Zeit einer wirtschaftlichen Krisis nicht geeignet zu einer solchen Reform sei, weil sie dem Ge-werbebetrieb neue Schwankungen bringen würde. (Sehr richtig! links.) Es liegt auch die Gefahr nahe, daß in der heutigen wirt-hschaftlichen Lage Bestimmungen getroffen werden, welche man unter normalen Verhältnissen nicht treffen würde. Was die Wanderlager betrifft, so kann ich nur auf die Ueberficht der Entschleunigungen des Bundesrathes zu den Beschlüssen des Reichstages verweisen; eine Vorlage wird in dieser Beziehung in der gegenwärtigen Session nicht mehr vorgelegt werden können.

Auf den Antrag der Abg. Richter (Hagen) und Dr. Braun tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Richter (Hagen): Ich ergreife nur das Wort, damit es nicht scheine, als sei die Ansicht des Interpellanten die Ansicht des ganzen Reichstages. Der Interpellant lehrt sich gegen das Prinzip der freien Konkurrenz, trotzdem die Interpellation selbst aus der freien Konkurrenz der konservativen und der deutschen Reichspartei hervor-gegangen ist. (Heiterkeit.) Die Interpellation erscheint mir als ein Stimmungsbild, wie sie mir während der Wahlkämpfe mehrfach begegnet sind. Wir haben in Deutschland lange Zeit unter dem Po-lizeistaat gelebt und gelitten, der angeblich eine glückliche wirtschaft-liche Existenz für das Volk schaffen sollte und daraus sein Recht ab-leitete, sich in Alles zu mischen. Dieser Polizeistaat ist in wirt-hschaftlicher Beziehung in der Hauptsache beseitigt worden. Wenn die Geschäfte flott gehen und der Verdienst blüht, so denkt Niemand da-ran, daß das ein Verdienst der Regierung oder der Polizei sei. Wenn aber in Folge von Ueberpopulation oder unter den Nachwirkungen des Krieges das Gegentheil eintritt, dann bemächtigt sich eine gewisse Niedergeschlagenheit einzelner Volkskreise und es erwachen alle Erin-nerungen aus den Kinderjahren an den Polizeistaat; dann heißt es: die Polizei ist schuld. Sie muß nicht genug am Plage gewesen sein. Dann erwacht auch in der Polizei eine gewisse Sehnsucht nach der Machtvolle früherer Zeit; sie sagt: nicht wir Beamten sind schuld, sondern die Gesetzgebung, welche uns unsere Macht genommen hat. Von der Polizei kommt Meister Banse in die Wahlversammlung und interpellirt seinen Kandidaten, ob dem gegenwärtigen schlechten Zustande nicht durch etwas mehr Polizei abgeholfen werden könne. An solche Wahlinterpellation erinnert der vorliegende. Der Vorredner hat in seiner Interpellation einige Beispiele der zu ändernden Ab-schnitte speziell angeführt, dann kommt aber ein Etcetera, hinter dem alles Mögliche Platz an Polizei finden und in welches man sich alles Mögliche hineinphantasiren kann. Auch die Beispiele sind nicht glücklich. Hat sich denn die Frauen- und Kinderarbeit unter der gegenwärtigen Gesetzgebung geändert; die Gewerbeordnung ist doch in diesem Punkte nur eine Reproduktion der preussischen Gesetz-gebung; nur in Sachen waren früher nicht so strenge Bestimmungen. (Heiterkeit.) Wenn der Vorredner von der Befragung des Kontrakt-bruchs spricht, so muß er dabei nicht vergessen, daß dieses Gesetz im Reichstage keine Sympathie gefunden hat. Was die Hausirer betrifft, so sind die Klagen der kleinen Kaufleute in den kleinen Städten über diesen Punkt fast menschenaktet erhaben; eine fremde Konkurrenz stört die monopolisirten Kaufleute allerdings in ihrer Behäbigkeit und Unseligkeit, der Brodneid spielt dabei eine große Rolle. Früher eiferte man gegen die Jahrmärkte, jetzt gegen die Wanderlager. Was nun die Gast- und Schankwirtschaften betrifft, so wird die Polizei in dieser Beziehung in Preußen jetzt viel strenger gehandhabt, als vor der Gewerbeordnung. Je mehr man mit den Wirtschaften die Kon-kurrenz beschränkt, um so mehr konzentriert sich die Trink-Gesellschaft in einer Wirtschaft, diese wird viel unterhaltender und die Trunkluft gestaltet sich viel intensiver, als die einer in mehrere Wirtschaften zerstreuten Gesellschaft. Die süddeutschen Wirtschaften sind übrigens unter der größeren Konkurrenz viel reinerlich und komfortabler geworden. Was sollen derartige Interpellationen überhaupt zur Förderung unserer parlamentarischen Arbeiten beitragen? Inter-pellationen über Tagesbegebenheiten und einzelne Maßnahmen der Regierung sind ja am Plage; wenn man aber Interpellationen über die ganze Gewerbepolitik einbringt, dann kann man höchstens auch große Plaudereien veranstalten über den Schutz Zoll und Freihandel im Allgemeinen, oder über direkte und indirekte Steuern oder über das beste Wahlssystem, oder darüber, ob die Regierung nicht

das Programm der deutschen Fortschrittspartei annehmen wolle, wie man ihr jetzt zumuthet, das spezifisch sächsisch-konservative Programm für Gewerbeordnung zu dem ihrigen zu machen. Ich möchte aber an die deutsche Reichspartei einige ernste Worte richten. Das deutsche Volk hat in mancher Beziehung nicht alle seine Erwartungen erfüllt gesehen, was die politische Freiheit angeht. Wir haben eine große Steuerlast und Militärlast. Eines hat das Reich als unumwandelbaren Gewinn gebracht: die Befreiung der wirtschaftlichen Kräfte, die es einem Jeden ermöglicht, seine Kraft da und dort nutzbar zu machen, wo es für ihn und die Allgemeinheit am einträglichsten ist. Gutes Sie sich, an diesen Errungenschaften, um ein Wort des Abg. Braun-berger zu benutzen, anzufangen zu fragen; lassen Sie uns diese Errungenschaften erhalten und stellen wir sie namentlich nicht in Frage in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse so trübe sind. Polizeimaßregeln werden hier wahrlich nicht zu helfen im Stande sein. Große wirtschaftliche Bewegungen kann man nicht mit Po-lizei und kleinen Gesetzen neutralisiren wollen. Daß dies und jenes an der Gewerbeordnung zu bessern sei, ist richtig; aber die jetzige Zeit ist wenig unbefangene dazu. Wenn wir, nach der Signalfahle, die neulich der Abg. Ademann losgelassen und die allerdings in der Luft zerplante, diese Interpellation als einen reaktionären Angriff auf die Gewerbeordnung betrachten sollen, dann weisen wir sie a limine zurück im gemeinsamen deutschen Interesse. (Beifall.)

Abg. v. Helldorf: Mir ist es unmöglich, den Blick vor den Uebelständen, die in unserem Gewerbeleben gegenwärtig überall um Himmel schreien, in dem Maße zu verschließen, wie das von den Re-birgern der liberalen Seite des Hauses und speziell von dem Vorredner ge-gehen ist. Mir scheint in der That die Gewerbeordnung, wie sie heute besteht, einen bedeutenden Theil der Schuld an diesen Uebel-ständen zu tragen, und ich fürchte sehr, wenn die Herren von der liberalen Seite in diesem Tone fortfahren, ihre wirtschaftlichen Er-rungenschaften zu verteidigen, daß sie dann jeden Appell im Volke verlieren. Meine Partei hat sich, wie den Mitglieedern bekannt sein wird, mit dieser Frage in der gegenwärtigen Session auch bereits be-schäftigt und einen selbstständigen Antrag eingebracht, der aber im Gegen-satz zu der heutigen Interpellation die Punkte und Bestimmungen, die abgeändert werden sollen, positiv und bestimmt bezeichnet. Wir werden Gelegenheit haben, wenn dieser Antrag zur Debatte steht, uns des Näheren hierüber auszusprechen; ich erwähne heute nur, daß außer der Lehrlingsfrage insbesondere die Frage der Strafbar-keit des Kontraktbruchs uns am Herzen liegt. Wir wollen das Prinzip der freien Arbeit nicht aufgeben, wollen aber durch gesetzliche Bestimmungen für Aufrechterhaltung derjenigen durch die heutige Ge-werbefreiheit vernachlässigten Ordnung sorgen, ohne die ein gedeih-liches Staatsleben nicht existiren kann.

Abg. Dr. Braun: Die gestellte Interpellation ist eine solche *de rebus omnibus et quibusdam aliis*. Sie will die Gewerbeordnung umändern, erklärt aber: wie dies geschehen soll, das weiß ich nicht und deshalb will ich die Regierung fragen, die es vielleicht eben-falls weiß. (Heiterkeit.) Eine derartige Interpellation zu wider-legen, ist gerade so unmöglich, wie etwa der Versuch, einen Bagabon-den aus seinem Domizil zu vertreiben. (Heiterkeit.) Trotzdem freut ich mich, daß die Interpellation gestellt wurde und zwar deshalb, weil sie seitens der Reichsregierung im Wesentlichen eine ganz prä-zise Abweisung erfahren hat, die für mich nichts zu wünschen übrig ließ. Die Gewerbeordnung ist unter den Gesetzen, die im deutschen Reiche zu Stande gekommen sind, eines der allerbesten; sie hat Ein-beit in den wirtschaftlichen Verkehr gebracht und bis jetzt ihre sehr guten Früchte getragen. Es war absolut notwendig, die Nieder-schläge des sinkenden Mittelalters endlich einmal aus dem Wege zu räumen, den alten Schutt und das Geröll fortzuschaffen, um dadurch den Grund zu neuen Bauten zu gewinnen. Ich gebe zu, daß einzelne Punkte in der Gewerbeordnung verbesserungsbedürftig sind, die Lehrlingsfrage gehört aber nicht zu diesen. Das ist eine Frage der Gewerbebefreiung, sondern der Erziehung der Jugend. (Sehr richtig! links.) Ich muß gestehen, daß mir das Vor-gehen der altkonservativen Partei in dieser Frage weit besser gefällt, als das der deutschen Reichspartei. Die erstere hat einen sachlich bestimmten positiven Antrag gestellt, über den sich diskutiren läßt. Jedenfalls wird die Debatte darüber fruchtbringender sein als die über die heutige Interpellation. Was aber der Abg. v. Helldorf mit dem Appell im Volke meinte, den wir verloren hätten, das weiß ich nicht, es sollte wohl jedenfalls „Ego“ heißen. (Heiterkeit.) Nun, meine Herren, nicht jedes Echo ist angenehm und wir verzichten gern auf ein solches, wenn es dadurch hervorgerufen wird, daß man den Leidenschaften und Irrthümern im Volke schmeichelt. Als Solon seine große Reformgesetzgebung in Athen glücklich durchgeführt hatte, ließ er sich vom Volke versprechen, an diesen Gesetzen ohne seine Zustimmung nichts zu ändern und darauf trat er eine 15jährige Reise an, damit inzwischen die Wirkungen dieser Gesetzesreform zum Bewußt-sein kommen könnten. Wenn man aber ganz entgegengesetzt dieser Solonischen Weisheit an der Ufer der Gesetzgebung fortwährend den Zeiger vor- und zurückdrückt, so zerstört man das Wert und das Vertrauen in die zukünftige Entwicklung. Man schafft nicht Neubauten, sondern schlägt damit das Bestehende in Trümmer, und in Trümmern kann Niemand wohnen. Wollen wir also das Vertrauen zurückkehren lassen, so thun wir am besten uns auf den Standpunkt zu stellen, den die Bundesregierung heute kundgegeben hat und zu erklären: die Gewerbeordnung ist ein heilsames Gesetz und wir wollen an den Grundrissen, die sie proklamirt, festhalten. Das schließt nicht aus, daß sie nicht in einzelnen Punkten verbesserungs- und ergänzungsbedürftig ist; aber wir wollen auf demselben Grunde fortbauen, den wir gelegt und nicht auf dem unsicheren und schwankenden, den uns die Interpellation vorschlägt. Wir wollen nicht umkehren, sondern vorwärts gehen auf der gegebenen Grundlage. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Krefeld): Die Zentrumsfraktion hat der wirtschaftlichen Frage von jeher ihr lebhaftestes Interesse zuge-wandt in dem Grade, daß sie sich das Schlagwort des Bündnisses der schwarzen mit der rothen Internationale zugezogen hat. Den Weg jedoch, durch eine bloße Interpellation in dieser großen und schwierigen Frage reformirend einzugreifen, kann sie als den richtigen nicht anerkennen. Ich theile nicht den Optimismus über unsere wirtschaft-liche Lage und den Antheil der Gesetzgebung daran, der sich in den Reihen der liberalen Seite noch immer kund giebt. Das plöge-lische Hinwegstreichen der Fünfte und ähnlicher Injustitien, die Jahrhundert hindurch gegenwärtig gewirkt haben, hat ein Vakuum geschaffen, das sehr schwer auszufüllen ist. Daß gegenwärtig in dieser Frage etwas Ernstliches geschehen muß, scheint die Regie-rung endlich selber einzusehen, wie aus dem uns zugegangenen Be-richt über die Enquete hervorgeht. Ich habe beim Durchlesen des Be-richtes aber sehr bedauert, daß man so wenig Gewicht auf die Mitteln-lungen und Zeugnisabgaben der Arbeiter gelegt und fast überall nur die Fabrikanten gefragt und gehört hat. So ist insbesondere in dem Regierungsbezirk Oppeln kein einziger Arbeiter gehört worden. In Folge solcher Maßregeln der Inhab der Verichts und die ganze Enquete in Arbeiterkreisen nicht gerade viel Vertrauen erwecken wird, liegt auf der Hand. Eine Hauptfrage in dieser Frage, die leider von allen Rednern bisher zu betonen verabsäumt worden, ist das religiö-sittliche Element. Auf keine andere Weise wird die soziale Frage ge-löst werden, als durch Pflege und Förderung des religiösen Bewußt-seins im Volke und wie gegenwärtig von der Regierung dies Mo-ment berücksichtigt wird, lehrt der Kulturkampf.

Präsident Hofmann: Der Vorredner erklärte, daß in der En-quete zu wenig Arbeiter und fast nur Arbeitgeber vernommen worden seien. Das ist unrichtig. Es ist von Seiten des Reichskanzleramts aus-drücklich den Regierungen empfohlen worden, auch Arbeiter zu ver-nehmen, und ich weiß, daß dies in der größten Zahl aller Bezirke ge-schehen ist. Weshalb es gerade in dem Regierungsbezirk Oppeln nicht geschah, weiß ich nicht zu sagen. In anderen Bezirken aber ist die Vernehmung von Arbeitern lebhaftig deshalb unterblieben, weil sich keine Arbeiter fanden, die der Einladung zu ihrer Vernehmung Folge leisteten. (Schluß folgt.)



# Tokales und Provinzielles.

Bosen, 13. März.

Der Stadt und dem Kreise Chodjeseu (Chodjeseu) ist, wie der „Staatsanz.“ meldet, durch königliche Ordre vom 12. Februar die Bezeichnung „Kolmar in Bosen“ (abgekürzt Kolmar i. B.) beigelegt worden. Unser berliner ΔKorrespondent bemerkt hierzu: Die Kreisvertretung und die Stadt hatten diesen Namen wiederholt erbeten als Anerkennung für den jetzigen Landrath des Kreises, v. Colmar, welcher sich großer Beliebtheit erfreut und dort auch als Abgeordneter für den Reichstag, wie für das Abgeordnetenhaus, gewählt ist.

## Berliner Viehmarkt.

Berlin, 12. März. [Wochenbericht.] Es standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912 Schweine, 1496 Kälber, 4538 Hammel. Der Markt war heute noch stärker betrieben, als vor 8 Tagen, viel zu stark für den geringen Bedarf, so daß das Geschäft noch matter verlief als damals, und nur Hammel mit Mühe das Resultat der Vormoche erzielen, während für alle anderen Viehhaltungen die Preise zurückgingen. Es wurde bezahlt: Für Rinder 1. Qual. 51—54, 2. Qual. 46—50, 3. Qual. 33—34 M. per 100 Pfd. Schlachtgew. Für Schweine 1. Qual. 53—54, 2. Qual. 48—50, 3. Qual. 42—45 M. per 100 Pfd. Schlachtgew. Für Kälber niedrige Preise. Für Hammel guter Waare 18—20, mittlerer 16—17 M. per 45.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius W a s n e r in Bosen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

Bern, 12. März. Das berner Volk hat bei der gestrigen Abstimmung den Gesetzentwurf betreffend den Ankauf der Bern-Luzerner Eisenbahn mit 43,000 gegen 30,000 Stimmen genehmigt.

Paris, 11. März. Am Dienstag wird zu Ehren des Generals Ignatieff ein großes Diner im Palais Elisee stattfinden. Wahrscheinlich wird Ignatieff am Mittwoch oder Donnerstag abreisen. Wie verlautet, hätte derselbe noch nicht definitiv auf den Besuch Londons verzichtet.

Konstantinopel, 11. März. Die montenegrinischen Delegirten konferirten gestern abends mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, doch hat auch diese Konferenz keine Aenderung der bisherigen Situation herbeigeführt, da die montenegrinischen Delegirten ihre gefamten, der Pforte schriftlich überreichten Forderungen aufrecht erhalten, während die Pforte fortwährend erklärt, dieselben nicht akzeptiren zu können. General Mouftar Pascha wohnte der Konferenz ebenfalls bei. — Die nächste Konferenz ist auf Montag anberaumt. — Heute hat ein Ministerrath stattgefunden. — Wie es heißt, soll die Ernennung Khalil Paschas zum Botschafter in Paris demnächst veröffentlicht werden.

Rom, 12. März. In dem heute abgehaltenen Konfistorium wurden zu Kardinalen ernannt: Benavides, Patriarch von Westindien, Apuzio, Erzbischof von Capua, Gib, Erzbischof von Saragossa, Howard, Erzbischof von Neu-Cesarea, Pava, Erzbischof von Santiago, Caverot, Erzbischof von Lyon, Canossa, Bischof von Verona, Serafini, Bischof von Viterbo, Scharelli, Sekretär der Kongregation der Bischöfe, Mina, Assessor der Inquisitionskongregation, de Falloux du Courdray, Geschäftsführer der apostolischen Kanzlei. Die Kardinal Amat, Morichini und di Pietro wurden auf zum Sprengel Roms gehörige Sitze versetzt. Ferner wurden noch vier Bischöfe ernannt für Italien, drei in partibus infidelium, einer für die Schweiz und einer für Malta.

Washington, 12. März. Die von dem Schatzsekretär angekündigte Einberufung weiterer 10 Millionen  $\frac{1}{2}$ pro Bonds vom Jahre 1865 umfaßt von Obligationen zu 500 Dollars die Nummern 38,851 bis 40,400 und von solchen zu 1000 Dollars die Nummern 98,651 bis 108,100.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 155. k. preuß. Klassen-Lotterie  
(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Berlin, 12. März. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

71 127 40 72 212 32 (600) 89 91 301 16 27 53 77 (600) 414  
16 (3000) 24 29 79 552 (300) 688 765 80 98 (300) 816 974. 1027  
57 78 126 49 233 53 70 78 307 (1500) 22 409 58 98 516 62  
(3000) 64 66 69 (3000) 83 657 (3000) 63 701 7 (300) 59 78 84 94  
816 29 46 932 60 76 91. 2033 101 40 (300) 201 88 (300) 434 49  
72 79 505 18 (600) 73 82 620 27 28 42 55 725 818 31 58 71 75  
901. 3031 35 50 62 86 92 101 47 88 202 7 24 396 538 80 717  
26 73 803 (300) 4 (300) 984. 4086 (600) 247 95 338 95 422 31  
508 19 683 726 85 96 818 926 42 55. 5011 (300) 17 105 10 32  
24 51 54 (300) 96 407 50 58 78 585 610 11 17 39 67 94 702 46  
57 78 871 96 937. 6054 77 84 87 123 250 (600) 474 507 33 36  
37 86 (300) 643 62 717 800 30 70 921 38. 7123 284 (600) 88 307  
431 863 928 86 (1500) 94. 8010 94 (300) 175 97 (3000) 242 (15000)  
50 71 (300) 76 312 462 582 (3000) 90 99 637 (300) 42 (300) 77  
721 44 958. 9051 55 (300) 59 (1500) 74 174 96 330 405 19 25 83  
61 (600) 708 (300) 9 89 808 34 (1500) 38 98 (3000)  
10071 177 218 (1500) 49 404 517 31 46 51 67 (600) 716 28  
88 852 906 (1500) 91. 11082 170 86 367 80 87 456 528 668  
703 47 87 845. 12031 (3000) 53 72 88 165 203 315 81 547 60  
624 83 752 809 39 975. 13032 71 84 124 27 58 201 30 75 (600)  
362 (600) 91 637 38 63 69 (600) 764 65 (3000) 86 858 93 912.  
14055 129 (300) 43 (600) 205 6 (300) 33 (3000) 72 416 38 (600) 47  
534 37 658 76 (600) 733 61 (1500) 823 900 28 82 83 89 90. 15018  
22 45 110 254 327 28 49 50 59 400 4 (600) 77 87 536 (300) 48  
95 603 60 726 93 915 30. 16018 32 68 157 (3000) 213 15 59 61  
380 535 93 610 88 765 802 (600) 16 18 925 (600) 52 54. 17083  
131 72 85 358 (3000) 74 96 453 (300) 512 667 (3000) 73 846 79  
928. 18024 208 27 43 46 390 444 510 569 (1500) 622 888  
(1500). 19282 353 91 419 81 (1500) 510 77 735 817 (600) 24 38  
921 40 67.  
20029 118 (1500) 50 56 73 74 92 220 85 (1500) 301 14 26 (3000)  
61 87 404 39 48 (600) 509 639 (600) 77 712 55 58 92 802 3 37  
64 78 98 943 69. 21012 20 82 107 15 23 36 68 307 17 (600) 46  
512 78 86 94 897 907 8. 22072 103 28 53 81 224 25 51 301 31.  
404 558 623 42 73 84 (1500) 728 862 74 76 919 54. 23093 (3000)  
188 92 218 (300) 21 30 60 72 383 426 (300) 526 31 87 91 608 37  
71 98 761 801 75. 24024 40 (300) 44 (300) 55 59 (1500) 143 53 (3000)  
61 98 206 53 62 405 523 646 701 11 57 846 (3000) 79 905 7 56  
70 71 81. 25114 (3000) 87 235 95 305 74 415 38 93 566 99 899  
921 46 57 86. 26070 109 18 61 89 200 33 (600) 40 48 67 308 407  
18 (300) 37 51 (3000) 81 84 93 567 654 90 700 13 23 (3000) 36 46  
(600) 804 55 922. 27001 101 40 47 78 (300) 200 8 12 21 53 88 90

(3000) 334 46 74 82 408 (300) 504 653 57 77 84 762 (300) 67 829  
902 (600) 63 84. 28041 78 82 (300) 88 230 50 69 71 (3000) 91 301  
63 552 (600) 756 (3000) 82 87 818 83 902 95. 29005 95 107 83  
257 96 347 62 (3000) 423 78 (300) 84 548 83 88 604 13 47 82 93  
753 86 90 (300) 845 59 938 76 92 95.

30.001 18 68 100 203 (600) 430 55 56 65 501 28 40 630 86  
91 (300) 701 32 (600) 33 34 53 847 (600) 48 68 (300) 904 16 46 71  
(1500). 31.020 233 318 51 63 457 555 95 691 981. 32.037 42  
69 89 257 394 472 748 (600) 90 825 79 903 (300). 33.391 484  
531 609 706 34 43 88 947 96. 34.065 136 42 73 591 677 87  
(1500) 735 86 98 (3000) 824 45 918 76 89 (300). 35.001 164 224  
336 63 405 37 (600) 64 79 (600) 634 (300) 82 (600) 758 823 (600)  
60 62. 36.088 93 (600) 159 96 (1500) 373 435 65 (300) 74 514  
76 629 818 21 65 66 84 87 923 68 73 (3000). 37.041 150 81 (600)  
290 300 9 740 41 71 801 (3000) 50 54 76 989. 38.091 101 21 31 68  
77 247 56 64 321 467 86 633 734 (600) 57 66 91 872 86 907  
53 59. 39.071 121 53 273 341 54 (600) 84 468 515 45 768 76  
82 98 910 63 78 (600).

40.053 116 38 215 (3000) 445 50 59 93 501 (300) 33 (300)  
95 609 730 36 (3000) 50 80 815 55. 41.068 119 26 67 255 89  
331 42 60 (300) 403 37 86 602 766 83 92 954 95. 42.075 76 138  
267 309 58 514 41 635 753 68 77 (300) 815 (1500) 21 71 907  
(300) 43. 43.001 54 102 18 62 63 285 327 73 76 404 8 41 (300)  
42 652 (3000) 706 24 33 49 (15000) 70 802 5 16 34 46 63 87 965  
99. 44.003 (600) 564 619 87 736 52 86 (300). 45.010 63 80 82  
145 72 213 397 440 74 590 622 713 23 49 80 95 804 25 980.  
46.041 136 (1500) 69 287 (600) 316 71 82 (300) 554 84 (600) 607  
712 33 84 821 31 73 985. 47.142 316 (300) 22 34 (300) 77 495  
721 36 75 813 26 48 49 76 901 (600) 58. 48.039 67 68 (600) 84 95  
163 224 (300) 46 86 521 37 83 642 72 843 916 (600). 49.087 88  
141 83 271 347 (300) 448 (1500) 589 652 718 884.

50.102 (600) 4 8 241 64 322 424 28 624 33 856 972. 51.193  
283 326 (600) 45 63 66 (600) 67 414 (600) 30 535 63 (600) 87 (600)  
670 92 769 973 99. 52.004 38 55 198 213 55 79 323 26 422 33  
51 80 97 520 688 716 23 73 99 847 902 25 (300) 47 48 77. 53.074  
177 211 322 25 46 63 402 45 567 657 63 (600) 715 79 (3000) 88  
92 970 76. 54.060 (3000) 176 223 43 88 352 68 91 409 20 602 7  
719 32 53 75 817 935 57 71 78 (300) 89 (1500). 55.096 113 203  
(300) 62 94 341 42 (600) 93 436 97 576 606 (300) 82 84 91 731 54  
816 (1500) 55 (300) 95 944. 56.019 (300) 24 89 129 61 357 459  
(300) 71 522 29 74 670 71 738 888 952. 57.015 18 49 169 85 244  
377 407 50 65 543 (3000) 676 (3000) 752 (300) 54 56 872 908 19  
(300) 25 95. 58.010 39 166 (600) 79 225 51 52 89 330 412 38 40  
511 18 21 23 33 617 46 55 709 47 71 94 (600) 830 35 99 922 (1500)  
59.015 25 (300) 51 59 93 111 29 56 68 88 236 45 389 414 51 525  
58 659 68 88 91 730 (300) 54 76 802 48 953 84.

60.269 98 305 42 95 402 22 37 38 42 538 (1500) 48 49 (300)  
80 609 55 57 58 85 780 846 50 78 900 (600) 25 59. 61.037 93  
163 219 60 81 (3000) 352 526 45 72 83 (300) 627 28 (600) 47 65  
(3000) 70 724 830 (300) 47 88 902 10 (300) 30 48 68 (300) 81.  
62.043 224 58 88 405 (3000) 57 83 (3000) 516 66 833 917 58 99.  
63.022 (600) 168 208 19 26 91 308 42 403 66 559 82 91 668  
765 69 (300) 98 852 (300) 943. 64.182 228 84 (600) 305 (600) 15  
23 81 (300) 456 523 36 76 630 46 (300) 74 786 96 (3000) 827 56  
920 (300) 54 61. 65.034 46 49 51 (600) 98 (300) 114 19 23 55 78 84  
205 66 320 38 (1500) 47 65 85 437 39 63 73 77 96 522 (300) 27 28  
79 663 700 17 (300) 45 (300) 58 92 858 951 76. 66.005 122 34  
249 (300) 339 (600) 98 453 664 (300) 68 711 69 (300) 815 937  
(1500) 55 95. 67.098 110 42 69 98 (300) 336 86 403 32 (600) 46  
(3000) 48 49 50 618 79 97 700 75 880 904 89. 68.035 105 71 79  
84 242 (300) 306 10 421 51 61 616 (300) 740 96 (300) 810 956.  
69.066 68 145 209 (300) 37 94 330 433 85 591 613 16 783 92  
99 819 32 75 (3000) 86 92 973 76 93.

70.054 107 22 44 75 208 51 77 309 17 74 464 (300) 86 99  
(1500) 552 67 602 6 22 48 49 58 725 32 99 816 73 78 82 920 67.  
71.029 56 219 313 (600) 77 502 3 47 59 65 72 84 (300) 716 (1500)  
76 815 (300) 25 33 69 96 914 47 60. 72.017 20 25 49 65 114 27 92  
252 (600) 477 85 505 20 99 743 (1500) 44 (300) 833 45 68 69 99  
923 68 (600). 73.015 46 92 (3000) 95 (600) 107 (300) 24 42 50 253  
96 (300) 306 16 20 36 93 434 88 505 38 69 631 78 717 36 44  
69 85 (600) 818 52 83 88 (300) 935 (3000) 72. 74.044 75 134 56  
(600) 70 77 224 40 337 80 414 34 79 96 555 626 (300) 35 39 58  
83 89 739 80 82 89 98 832 (1500) 87 (300) 958 96. 75.000 57 153  
73 231 328 56 419 (600) 505 74 624 713 68 835 962. 76.077  
82 139 79 (300) 94 209 22 54 72 86 334 416 95 512 59 76 642  
69 781 (6000) 826 98 911 41. 77.078 108 66 96 (300) 239 73 (1500)  
91 404 10 524 51 (300) 64 66 (1500) 603 802 14 32 46 47 73 927  
33. 78.015 26 (3000) 38 52 78 131 (1500) 33 42 43 63 226 (300) 27  
32 45 50 441 73 578 92 (300) 622 54 747 59 74 78 96 804 (300)  
11 36 81 933 48. 79.001 5 14 (600) 124 53 (600) 244 315 431 45  
(1500) 99 507 (300) 62 64 86 647 741 (600) 46 87 811 34 68 85 (300).

80.038 48 105 29 66 89 232 59 76 92 304 33 51 80 435 43  
54 95 531 58 81 615 50 800 16 33 53 912 48 53 56 69 (1500). 81.004  
20 106 52 53 57 63 88 248 383 86 671 79 87 739 67 97 840 61  
987. 82.037 67 71 169 73 93 236 37 310 60 63 86 427 43 44 91  
(3000) 528 41 49 600 74 741 (600) 45. 83.000 8 (300) 80 114 20  
39 59 (3000) 211 14 19 60 317 51 80 404 30 62 (600) 79 80 (300)  
594 608 (1500) 720 30 (300) 87 (300) 806 28 30 36 79 930 85 (600).  
84.022 25 111 28 52 227 41 93 309 63 406 19 85 595 612 16 73  
734 56 (300) 95 (300) 972 91 92. 85.017 44 50 61 258 61 80 324  
(3000) 52 95 (300) 410 33 37 89 9531 92 601 17 23 38 65 94 728  
52 (600) 60 75 90 892 956 63 91 (300). 86.066 68 74 76 144 81  
802 (300) 91 (3000) 209 (600) 319 32 439 78 92 509 11 38 53 682  
77 (300) 34 91 95 8 84 903 38 87. 87.122 25 (300) 75 217 68 73  
86 302 21 87 479 88 (600) 504 12 56 (600) 91 618 52 55 722 76  
816 22 48 75 85 93. 88.076 113 (1500) 28 50 82 (300) 95 (300) 99  
240 (600) 8 338 70 540 (1500) 760 77 (300) 887 94 909 (300) 50  
52 63 65. 89.009 (300) 16 (300) 61 131 69 76 208 44 317 55 (600)  
73 629 750 90 802 11 (300) 68 937 55 92 (3000).  
90.007 88 (300) 159 243 57 72 (300) 81 (300) 382 414 29 45  
593 (300) 650 88 811 35 39 911 63 75. 91.034 78 82 128 211 23  
24 80 94 310 (300) 69 91 472 513 58 671 849 94 922 70. 92.025  
(300) 32 116 34 286 (300) 351 441 (3000) 567 76 647 52 848 53  
94 911 28 59. 93.014 (1500) 23 26 28 43 51 55 104 (300) 50 (600)  
52 75 80 340 (1500) 61 468 603 (600) 6 47 (300) 70 84 725 (300)  
942 43 (3000) 98 (300) 99. 94.019 46 113 84 265 75 355 407 9 68  
545 63 64 83 805 (300) 35 901 2 7 14 32 33 52 75.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Bonds-Course.

Frankfurt. a. M., 12. März. Fest. Geringes Geschäft.

[Schlußkurse.] Poudner Wechsel 204.60. Pariser Wechsel 81.45.  
Wiener Wechsel 164.15. Böhmische Westbahn 139.1. Elisabethbahn  
108.1. Galizier 173.1. Frankoser 158. Lombarden \*) 67. Nord-  
westbahn 93.1. Silberrente 55.1. Papierrente 51.1. Russische Boden-  
rent 79.1. Russen 1872 84. Amerikaner 1885 102. 1860er Loose  
98.1. 1864er Loose 250.80. Kreditaktien \*) 122.1. Oester. National-  
bank 678.00. Darmst. Bank 96. Berliner Bankver. 92.1. Frankf.  
Wechselbank —. Oester. deutsche Bank —. Meininger Bank 74.  
Hess. Ludwigsbahn 90.1. Oberhessen —. Ung. Staatsloose 136.50.  
Ung. Schatzan. alt 83.1. do. do. neue 80.1. do. Döb. Obl. II. 56.1.  
Centr.-Pacific 98.1. Reichsbank 159. Goldrente 61.1.  
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 123.1. Frankoser 188.  
1860er Loose —. Lombarden 67.1. Reichsbank —. Galizier —.

\*) per medio resp. per ultimo.

Aberer [Effekten-Societät.] Kreditaktien 122.1.  
Frankoser 187. 1860er Loose —. Silberrente —. Papierrente —.  
Goldrente 61.1. Galizier 173.1. Reichsbank —. Nationalbank —.  
Lombarden —. Sehr still.

Wien, 12. März. Geschäftlos, aber fest. Bahnen, Com-  
barden und Franzosen ausgenommen, bernachlässigt, Devisen an-  
geboten.

[Schlußkurse.] Papierrente 63.05. Silberrente 68.00. 1854er  
Loose 106.25. Nationalbank 831.00. Nordbahn 1802.00. Kreditaktien  
149.50. Frankoser 229.25. Galizier 211.25. Kasch.-Oderberg 84.75.  
Barbubitzer —. Nordwestb. 113.00. Nordwestb. Lit. B. —.  
London 124.00. Hamburg 60.35. Paris 49.25. Frankfurt 60.35.  
Amsterd. 102.85. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 164.00.  
1860er Loose 109.20. Lomb. Eisenb. 82.00. 1864er Loose 132.50.  
Unionbank 51.00. Anglo-Austr. 72.20. Napoleons 9.88.1. Dufaten  
5.87. Silbercoup. 112.65. Elisabethbahn 132.50. Ung. Prämienanl.  
71.50. Marknoten 60.75.

Türkische Loose 17.20. Goldrente 74.65.  
Nachbörse: Fester. Kreditaktien 149.50. Frankoser 229.25. Com-  
barden 82.00. Galizier 211.25. Anglo-Austr. 72.25. Papierrente  
63.00. Nationalbank —. Goldrente 74.60. Marknoten 60.77.1.  
Napoleons 9.89.

Wien, 12. März. Offizielle Notirungen: Silberrente —.00.  
1864er Loose —. Kreditloose —. 1864er Loose —. London  
—. Paris 49.50. Hamburg —. Frankoser —.00. Nord-  
westbahn —. Dufaten —. Nationalbank 830.00.

Wien, 12. März. Abendbörse. Kreditaktien 149.2. Fran-  
koser 229.00. Lombarden 82.00. Galizier 210.75. Anglo-Austr. 72.25.  
Silberrente —. Papierrente 63.00. Goldrente 74.60. Markno-  
ten 60.77.1. Nationalbank —. Napoleons 9.89. Lebloß.

Paris, 12. März



Selej-Boron, gar.	6	55,25	
Rošlow-Boron.	5	90,00	
Rošlow-Boron.	5	90,40	бг
Rošlow-Boron. Dbl.	5	74,75	бг
Kužel-Čarf. gar.	5	85,25	бг
K. Čarf. Hf. (Dbl.)	5	76,50	бг
Kužel-Kiew, gar.	5	89,50	бг
Łosow-Gewał.	5	74,00	бг
Łosow-Hijań, g.	5	98,00	бг
Łosow-Smolensk	5	87,00	бг
Ščuja-Łwanow	5	85,25	бг
Waršchan-Terep.	5	87,00	бг
do.	—	—	бг
do. kleine	—	—	бг
Waršchan-Wien	II.	95,00	бг
do.	III.	89,75	бг
do.	IV.	83,00	бг
Baszto-Łelo	5	77,00	бг